

Schuldnerberatungsstellen der freien Träger der Landeshauptstadt Dresden

Schuldnerberatungsstellen der freien Träger in Dresden zum Thema

Albtraum Miete

- Auswertung Workshop -



Die Mieten vor allem im städtischen Raum steigen immer schneller an. Die Schuldnerberatungen der freien Träger in Dresden beobachten, dass für armutsgefährdete Personen die Wohnkosten oft höher sind als der sozialhilferechtliche Bedarf. Somit muss ein Teil der Miete aus dem Regelsatz bestritten werden und andere Zahlungsverpflichtungen können nicht mehr eingehalten werden – neue Schulden entstehen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass Schulden den Zugang zum freien Wohnungsmarkt massiv erschweren. Betroffen sind zudem häufig Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen - da die Wohnkosten schneller steigen als die Löhne – sowie Alleinerziehende und Erwachsene mit ausländischem Pass.

Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es für Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr bezahlen oder gar verlieren könnten oder dringend Wohnraum benötigen? Um einerseits die Kompetenzen ihrer Beratungsangebote für Betroffene zu erhöhen und andererseits Forderungen an Politik und Verwaltung zu übergeben, arbeiteten die Schuldnerberatungen der freien Träger in Dresden zum Thema „Albtraum Miete“. Zu einem Workshop hatten sie Anfang Juni Vertreter vom Sozialamt der Landeshauptstadt Dresden sowie von verschiedenen sozialen Projekten eingeladen.

Wo steckt die Ursache für die Wohnungsnot, in der sich viele Menschen befinden? Es gibt in Dresden circa 10.000 Sozialwohnungen und circa 56.000 Berechtigte dafür. Der größte Teil des Wohnungsbestandes liegt in privater Hand. Durch die fehlenden kommunalen Wohnungen ist den Mietpreisentwicklungen nichts mehr entgegenzusetzen. Die vorhandenen Wohnungen werden ständig teurer. Der freie Markt bestimmt den Preis. Geringverdiener bleiben auf der Strecke. Die vielen Wohnungssuchenden sorgen für ein Machtgefälle und Stigmatisierungen. Einige Vermieter, auch sehr

große Immobiliengesellschaften, verweigern Sozialleistungsbeziehern nur aus diesem Grund eine Wohnung. Ein negativer Schufa-Vermerk, der in keinem Zusammenhang mit Mietschulden stehen muss, genügt, um diskriminiert zu werden. Auch andere Merkmale, zum Beispiel ein ungewöhnlicher Name oder ein Haustier, können zur Benachteiligung führen.

Für nahezu jede Konstellation bestehen differenzierte Hilfeleistungen. Eine Vielzahl sozialer Projekte der Freien Wohlfahrtspflege und der Landeshauptstadt Dresden bieten professionelle Hilfe bei Wohnungsproblemen an. So unterschiedlich die Begleitumstände der Betroffenen auch sind, seien es Haftentlassene, psychisch Erkrankte, Senioren, Familien, verschuldete Menschen, Migranten, Langzeitwohnungslose, Suchtbetroffene oder andere Hilfesuchende, jeder findet einen Ansprechpartner. Die Kommune ist in der Pflicht, jedem Bürger das Wohnen zu ermöglichen und individuelle Beratung und Hilfestellung anzubieten. Mit beträchtlichem Aufwand finanziert die Stadt Dresden das gesamte Hilfespektrum. Auch die EU fördert einzelne Projekte. Unterstützt werden die Wohnungsrecherche, die Beantragung der Erstaussstattung und des Wohngeldes und die Übernahme der Kautions für Geringverdiener. Notunterkünfte, Übergangwohnheime und andere Formen der vorübergehenden Unterbringung sind vorhanden. Im Rahmen aufsuchender Hilfen sind Sozialarbeiter tätig, die an Orte gehen, an denen Wohnungslose anzutreffen sind. Manche Träger bieten Trainingswohnungen für Menschen an, welche lange wohnungslos waren und systematisch wieder an das geregelte Leben und Wohnen herangeführt werden wollen.

Ein engagiertes Hilfsnetzwerk kämpft gegen sich zunehmend heftiger drehende Windmühlen. Deshalb fordern die Schuldnerberatungen der freien Träger: Es werden dringend politische Aktivitäten benötigt! Wohnen darf nicht ungesteuert dem freien Markt überlassen werden. Das Recht auf Wohnraum ist ein existenzielles Grundrecht unserer Gesellschaft. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner finanziellen Situation, einen angemessenen Wohnraum zur Verfügung hat. Wichtige Maßnahmen wären eine wirksame Mietpreisbremse, ein verstärkter sozialer Wohnungsbau und ein höheres Wohngeld. Auch weil hohe Wohnkosten den öffentlichen Haushalt belasten, ist es zwingend notwendig, gegenzusteuern.

Ansprechpartner für die Medien

Jens Heinrich
AWO SONNENSTEIN gemeinnützige GmbH
Telefon 0351 8588118 | jens.heinrich@awo-sonnenstein.de

Lydia Döring
Caritasverband für Dresden e. V.
Telefon 0172 5719069 | doering@caritas-dresden.de

Annett Gaumnitz
Gemeinnützige Gesellschaft Striesen Pentacon e. V.
Telefon 0351 3122414 | schuldnerberatung@striesen-pentacon.de